

Fraktionsantrag	REGIONALVERBAND RUHR 
Drucksache Nr.: 13/1856	

	04.09.2020
Fraktionsantrag	öffentlich

Beratungsfolge	Beratungsstatus	Sitzung am	TOP
Verbandsversammlung	beschließend	25.09.2020	

Betreff: Einführung eines Sozialtarifs in den Freizeitgesellschaften

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr beauftragt den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH, entsprechend dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 1. Juli 2016 (Drucksache 13/0550) ab 2021 einen Sozialtarif zumindest für bestimmte Teile der Einrichtungen einzuführen. Die Geschäftsführung erarbeitet ein entsprechendes Konzept.

Das Konzept dazu wird dem Wirtschaftsausschuss sowie der neuen Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Es soll in ähnlicher Form auch in den Revierparks Gysenberg und Wischlingen umgesetzt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vereinbarungen mit den Städten Herne und Dortmund anzustreben.

Begründung:

mdl.

Finanzielle und haushaltsmäßige Auswirkungen sowie Folgewirkungen:

1. Teilergebnisplan Kostenstelle _____; Kostenträger _____; Vorgangs-Nr. _____

Teilergebnisplan	Lfd. HH-Jahr	2021	2022	2023	2024 ff.
Erträge					
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen					
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)					
Summe (Eigenanteil)					
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2021	2022	2023	2024 ff.
Erträge					
Personalaufwendungen					
Sachaufwendungen					
Abschreibungen und Zinsaufwand (6 % p. a. vom investiven Eigenanteil)					
Summe					
Abweichungen ¹					

2. Teilfinanzplan Kostenstelle _____; Kostenträger _____; Investitions-Nr. _____

Teilfinanzplan	Lfd. HH-Jahr	2021	2022	2023	2024 ff.
Einzahlungen					
Auszahlungen					
Summe (Eigenanteil)					
Veranschlagt im Haushaltsplan	Lfd. HH-Jahr	2021	2022	2023	2024 ff.
Einzahlungen					
Auszahlungen					
Summe					
Abweichungen ¹					

¹ Positiver Wert = Nachveranschlagung bzw. Deckung erforderlich

3. Auswirkungen

- Eine Nachveranschlagung/überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist nicht erforderlich (**Haushaltsverbesserung/-neutralität**).
- Eine Nachveranschlagung/überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist erforderlich (**Haushaltsverschlechterung**). Erläuterungen siehe unten.
- Folgewirkungen sind in dem o. g. Bedarf berücksichtigt.

Erläuterungen:

4. Bilanz

Veräußerungsgewinne bzw. -verluste können gemäß § 44 Abs. 3 KomHVO NRW zu zusätzlichen finanziellen Auswirkungen in der Bilanz führen.

- Keine Auswirkungen, weil keine Veräußerungsgewinne bzw. -verluste entstehen.
- Die finanziellen Auswirkungen aus Veräußerungsgewinnen bzw. -verlusten werden in den Erläuterungen dargestellt.

Erläuterungen:

Bearbeiter/in	Fraktionsgeschäftsführer/in	Fraktion/en
Menzel, Markus	Kretschmer, Heike	Fraktion Die Linke
Akt.zeichen		

Fraktionsvorsitzender Die Linke
gez. **Wolfgang Freye**